

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 8

Artikel: Die kommunalpolitische Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie
Autor: Stelling, J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329673>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sozialistischen Gemeinden geschaffen. Dieser hat auch ein Studienbureau eingerichtet, das als Verbindungsglied zwischen den einzelnen Gemeinden dient, so daß jetzt rasch jede Gemeinde die ihr nötigen Informationen bei ihren Neuschöpfungen bekommen kann.

So sehen wir denn die französische sozialistische Partei, trotz ihrer mangelhaften Organisation, und trotzdem sie fast ohne jede Verbindung mit dem Gewerkschaftsleben ist, und trotz aller Widerstände der kommunistischen Partei, immer festen Fuß im französischen Gemeindeleben fassen und von hier aus eine ganz ungeahnte Wirkung auf das ganze französische Leben ausüben.

Nachtrag. Die hier vorgebrachten statistischen Daten beruhen auf einer Umfrage des sozialistischen Parteisekretariates im Sommer 1925, die dann ergänzt wurde durch verschiedene Daten des Bundes der sozialistischen Gemeinden. Ich hätte gerne auch eine Statistik der kommunistischen Gemeinden beigebracht, doch ist eine solche unauffindbar. Das Zentralorgan der Kommunisten, die „Humanité“, hat wohl in den ersten Tagen nach der 1925er Wahl triumphierend von ihrem Siege gesprochen, aber nur einige Tage lang brachte sie auch die Ergebnisse hinsichtlich der kommunistischen Partei, um rasch wieder in tiefes Schweigen zu verfallen. Nach diesen recht kümmerlichen Berichten war es mir möglich, folgende Zahlen für die kommunistischen Gemeindevertretungen zu gewinnen: Keine einzige größere Stadt ist in ihre Verwaltung übergegangen, wohl aber 15 Gemeinden in der Banlieu von Paris sowie 27 Landgemeinden in der Provinz, was wohl ein ziemlich kümmerliches Ergebnis ist mit Rücksicht auf die großen Geldmittel, die den Kommunisten stets für die Wahlen zur Verfügung stehen, und die gewaltige Agitation, die sie alleweil entfalten.

Die kommunalpolitische Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie.

Von Reichstagsabgeordneten Joh. Stelling,

Vorsitzender des kommunalpolitischen Beirates beim Parteivorstand
der Sozialdemokratischen Partei.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat, bevor der internationale Sozialistenkongreß in Paris im Jahre 1900 die Notwendigkeit der Betätigung der Sozialdemokratie auf kommunalpolitischem Gebiete betonte, sich in einer ganzen Reihe von Gemeinden bereits auf diesem Gebiete betätigt. In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gelang es, im damaligen Königreich Sachsen eine Anzahl Mandate in Gemeindevertretungen zu erobern, in Stötteritz bei Leipzig zum Beispiel hatte die Partei bereits 1868 mehrere Sitze erobert, und zwar als offizielle Partei. In Berlin wurden die ersten Versuche im November 1878 nach Erlaß des Sozialistengesetzes unternommen. 900 Stimmen vereinten die sozialdemokratischen Kandidaten auf sich, immer-

hin eine ansehnliche Zahl, wenn man bedenkt, daß im Oktober 1878 das Sozialistengesetz erlassen wurde. Das offene Bekennen zur Sozialdemokratie barg eine Gefahr in sich. Bereits im Jahre 1883 gelang es der Sozialdemokratie in Berlin, mit 8453 Stimmen 5 Sitze zu erobern. Von Jahr zu Jahr ist sie fortgeschritten, bis sie im Jahre 1913 annähernd die gesamte dritte Abteilung (in Preußen bestand damals noch ein Dreiklassen-Gemeindewahlrecht) der Stadtverordnetenversammlung eroberte. In München wurde 1893 der erste Sozialdemokrat in die Stadtverordnetenversammlung gewählt, in Dresden 1905. Sozialdemokratische Mehrheiten waren im Jahre 1913 vorhanden in den Gemeindevertretungen von Gera, Offenbach am Main, Mühlhausen im Elsaß, Jena, Höhscheid, Rüstingen-Oldenburg sowie in einer ganzen Reihe Dörfer in Oberfranken, Schwarzburg-Rudolstadt und anderen Gegenden Deutschlands.

Welchen Umfang die kommunalpolitische Betätigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands genommen hat, erhellt daraus, daß im Jahre 1913 in 509 Städten und 2973 Landgemeinden 8928 sozialdemokratische Vertreter vorhanden waren. Dazu kommen noch in 65 Städten 133 und in 120 Landgemeinden 187 sozialdemokratische Magistratsmitglieder, Stadträte und Gemeindevorstandsmitglieder. Im Jahre 1926 zählten wir in 1122 Städten 6478 männliche und 295 weibliche Stadtverordnete. In 6969 Gemeinden 28,638 männliche und 452 weibliche Gemeindevertreter. In 708 Städten stellten wir den Bürgermeister, in 637 Gemeinden den Gemeindevorsteher, in annähernd 300 Städten resp. Gemeinden 340 besoldete Stadträte bezw. Beigeordnete. Sozialdemokratische Vertreter in Kreistagen waren vorhanden 3099 Männer und 47 Frauen. In den Provinziallandtagen hatten wir 462 Genossen und 20 Genossinnen aufzuweisen. Zählt man das alles zusammen, dann ergibt sich, daß wir in Stadt, Gemeinde, Provinz und Kreis mit rund 45,600 Genossen resp. Genossinnen vertreten sind. Diese Zahl erhebt aus dem Grunde keinen Anspruch auf vollständige Richtigkeit, weil in einzelnen Landgemeinden unsere Leute auf Häusler- resp. Kleinbauern- und Arbeiterlisten gewählt sind, also bei der Wahl selbst nicht als ausgesprochene Sozialdemokraten in die Erscheinung traten, während sie sich im Parlament im Sinne der Sozialdemokratie betätigten. Die oben genannte Zahl dürfte also sich noch wesentlich erhöhen. In diesem Jahre finden in Preußen und in einigen andern Ländern Kommunalwahlen statt. Wir sind überzeugt davon, daß die Zahl der sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in den Gemeinden usw. sich dann noch ganz erheblich erhöhen wird.

Sozialdemokratische Mehrheiten sind zurzeit in 48 kleinern Städten vorhanden. Dazu kommen Hunderte von Landgemeinden, in denen ebenfalls die Sozialdemokratie die Mehrheit hat.

In 59 Städten ist eine Linksmehrheit vorhanden, darunter Berlin, Altenburg-Thüringen, Chemnitz, Crimmitschau, Wismar, Hamburg, Bremen, Harburg-Wilhelmsburg, Fürth, Döbeln, Hamborn, Höhscheid, Meerane, Mittweida, Neumünster, Offenbach, Rathenow. In diesen

Städten bilden Sozialdemokraten und Kommunisten die Mehrheit. Leider wirkt sich das nicht immer im Interesse der Arbeiterklasse aus, weil die Kommunisten in vielen Fällen lieber mit den Deutschnationalen gemeinsame Sache machen, als mit uns praktische Arbeit verrichten.

Es ist im Rahmen eines kurzen Artikels natürlich vollständig unmöglich, ein auch nur einigermaßen erschöpfendes Bild von der Wirkung der sozialdemokratischen Tätigkeit in den von uns beherrschten Gemeinden zu geben. In allen Orten, wo die Sozialdemokratie einen entscheidenden Einfluß ausübt, hat sie das Hauptgewicht gelegt auf die Linderung und Behebung der durch den furchtbaren Krieg hervorgerufenen entsetzlichen Wohnungsnot. Sie hat, wo sich irgendwie die Möglichkeit dazu bot, das Schwergewicht auf die Erstellung neuer Wohnungen gelegt, hat auch in bezug auf den Schutz der Altwohnungen das getan, was irgendwie mit den schwachen finanziellen Mitteln möglich war. Sie hat weiter der Errichtung von Heimstätten in Form von Einfamiliensiedlungshäusern ihr Hauptaugenmerk zugewandt und hat in einer ganzen Anzahl von Gemeinden geradezu Mustergültiges auf diesem Gebiete geleistet. In den Großstädten legte sie besonderen Wert auf die Erhaltung resp. Schaffung von Grünplätzen als den Lungen der Städte und auf Schaffung von Kinderspielplätzen, Planschbecken und sonstigen der Volksgesundheit dienenden Einrichtungen. Licht- und Luftbäder, Badeanstalten, Schwimmhallen, Erholungsheime, Altersheime, Waldschulen, Heime für erkrankte Menschen sowie Einrichtungen hygienischer und sozialer Art wurden errichtet. Aus der Fülle des vorliegenden Materials seien stichwortartig nur einige Fälle sozialdemokratischer kommunaler Tätigkeit hervorgehoben.

In Berlin befindet sich das Arbeitsamt in der Hand der Sozialdemokratie, desgleichen die Behörde für die Verkehrseinrichtungen. Unter Leitung des sozialdemokratischen Stadtrates Reuter sind alle Berliner Verkehrsmittel in den Besitz der Stadt übergegangen. Durch eine Umsteigemöglichkeit von der Stadtbahn zur Straßen-, Hoch- und Untergrundbahn sowie zu den Autobussen und durch eine gegenseitige Umsteigemöglichkeit auf alle vorgenannten Verkehrseinrichtungen ist die Bevölkerung in der Lage, für 30 Pfennig in verhältnismäßig kurzer Zeit von der einen Peripherie der Stadt zur andern zu gelangen. Unter Ausschaltung der Stadtbahn kann man sogar für 20 Pfennig stundenlang fahren, so daß auch denen, die außerhalb Berlins ihren Wohnsitz haben, Gelegenheit gegeben ist, auf billigem und schnellem Wege zu ihrer weitentlegenen Arbeitsstätte zu gelangen. Die Müllabfuhr ist kommunalisiert und gegenüber dem früheren privatkapitalistischen System erheblich verbilligt. Die Berliner Brennstoffgesellschaft, die die Bevölkerung mit den notwendigen Brennstoffen versorgt, steht ebenfalls unter kommunaler Leitung, ein Sozialdemokrat ist Direktor. Dank der Tätigkeit der Sozialdemokratie im Berliner Stadtverordnetenparlament ist es gelungen, die bisher im städtischen Besitz befindlichen Gesellschaften (Hafenbetrieb usw.), gegen die von kapitalistischer Seite wiederholt Sturm gelaufen wurde, der Stadt als Eigentum zu erhalten. Der drückenden

Wohnungsnot wurde durch Bau von Wohnungen gesteuert. Im Jahre 1927 wurden 26,000 Wohnungen errichtet. An der Peripherie der Stadt erstanden neue Siedelungen, die die Aufmerksamkeit aller Wohnungspolitiker der Welt auf sich gelenkt haben. In Neukölln, einem Berliner Stadtteil, ist nach Ansicht hervorragender Kenner das beste Säuglings- und Mutterheim erstanden. Die Initiative ging hier aus von dem leider inzwischen verstorbenen Stadtarzt Genossen Dr. Silberstein.

In Hamburg wurden im Jahre 1927 rund 10,000 neue Wohnungen errichtet. An der Peripherie schufen unsere Genossen prächtige Wohnsiedelungen, die nicht nur in gesundheitlicher, sondern auch in städtebaulicher Beziehung als hervorragend bezeichnet werden müssen. Wie in Berlin, wurden auch hier Schulen für die Kinder des werktätigen Volkes errichtet, die den modernen Anforderungen in gesundheitlicher und pädagogischer Beziehung nach jeder Richtung hin Rechnung tragen. Ferienheime, Genesungsheime, Heilstätten erstanden auf Drängen unserer Genossen. Da Hamburg in seiner Umgebung Gemüsegewirtschaft betreibt, wurde auf Kirchwerder ein Versuchsfeld als Beispielstätte für hochkultivierte Gemüsegewirtschaft auf Veranlassung der sozialdemokratischen Landherren errichtet.

In Altona haben wir die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Der Oberbürgermeister Brauer, ein Parteigenosse, hat besonderen Wert darauf gelegt, durch zweckentsprechende Eingemeindungen die Vorbedingungen für ein städtebaulich und verkehrstechnisch neues Altona zu schaffen. In eigener Regie wurden Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung hergestellt, desgleichen Altenheime, Siechenhäuser, Stadion, Licht- und Luftbäder usw. Dauergärten für die minderbemittelte Bevölkerung wurden geschaffen. Im Kampfe gegen die Prostitution wurde ein Pflegeamt, das erste auf diesem Gebiete in Deutschland, errichtet. Durch eine gemeinnützige Arbeitsstätte wird den reisenden Proletariern die Möglichkeit gegeben, ein paar Tage frei von jeder Sorge sich für die weiteren Strapazen ihrer Wanderschaft zu rüsten. In den eingemeindeten Stadtteilen wurde die Lehr- und Lernmittelfreiheit in den Schulen eingeführt. Unrentable Werke in den eingemeindeten Orten wurden stillgelegt und damit die Basis geschaffen für die einheitliche Versorgung Groß-Altonas mit elektrischem Strom, Gas und Wasser. Durch Schaffung von Entbindungs- und Mädchenheimen steht die Stadt den werdenden Müttern zur Seite. Eine planmäßige Bodenvorratswirtschaft gibt der Stadtverwaltung die Möglichkeit des weiteren Ausbaues.

In Bielefeld wurden unter Leitung von Sozialdemokraten die bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen der Neuzeit entsprechend ausgebaut, die Jugendpflege- und Jugendfürsorgeeinrichtungen erfuhren der Neuzeit entsprechende Verbesserungen, der Bau von Wohnungen stand auch hier an erster Stelle.

Die Stadt Magdeburg steht seit dem März 1919 unter Leitung des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Hermann Weims. Wer das Magdeburg der früheren Zeit kannte und Vergleiche anstellt mit dem

Magdeburg der Jetztzeit, erkennt, was sozialdemokratische Initiative auch auf dem Gebiete des Städte- und Wohnungsbaues zu leisten vermag. Prachtige neue Stadtviertel mit luftigen gesunden Wohnungen sind entstanden. Sie werden unterbrochen durch gärtnerisch glänzend angelegte Grünflächen. Die Kanalisation wurde durchgeführt resp. verbessert. Ueber die Elbe wurde eine neue Brücke erbaut, die den Namen Ebert-Brücke trägt, und die als sehenswert bezeichnet werden muß. Ein gewaltiges Ausstellungsgelände schufen unsere Genossen und boten damit Platz zum Beispiel für die im vorigen Jahre stattgefundene, weltbekannt gewordene Theaterausstellung. Eine prächtige Stadthalle sowie der Hallenbau Stadt und Land begrüßen den Fremden. Der Hafen wurde erheblich ausgebaut. Im Jahre 1927 wurden 1600 Wohnungen neu erbaut. Für dieses Jahr ist der Neubau von 1800 Wohnungen vorgesehen.

Nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den Kleinstädten schufen unsere Genossen Gutes. So wurde zum Beispiel in Bunzlau (Schlesien), das ebenfalls unter Leitung eines sozialdemokratischen Bürgermeister steht, ein eigenes Hygienemuseum errichtet, desgleichen eine Jugendherberge und ein Sportplatz. Wie man die Tätigkeit des Bürgermeisters von Bunzlau, des Genossen Burmann, auch auf bürgerlicher Seite einschätzt, geht daraus hervor, daß der Generalsekretär des Landesauschusses für hygienische Volksbelehrung in Preußen, Herr Dr. med. Karl Bornstein-Berlin, in der Dezembernummer 1927 der „Jugendherberge“ von Bunzlau als von einer der bestgeleiteten Städte Deutschlands spricht.

In Brandenburg a. d. Havel hat eine Linksmehrheit durch Schaffung von Sportanlagen und Grünflächen nicht nur der großen Arbeitslosigkeit gesteuert, sondern auch wirklich Positives für die Gesundheit der Bevölkerung geschaffen. Der Wohnungsbau in Brandenburg a. d. Havel hat einen für die Stadt erheblichen Umfang angenommen. Auch hier legen unsere Genossen den größten Wert darauf, gesunde, billige Wohnungen zu schaffen.

In Neumünster gelang es dem jetzigen Bürgermeister, Genosse Lindenmann, schon nach einer verhältnismäßig kurzen Tätigkeit nennenswerte Erfolge auf dem Gebiete der Errichtung von Lehrlingsheimen, Altersheimen und der sozialen Gestaltung der Wohlfahrtspflege zu erreichen.

Um der Beeinflussung der Bevölkerung durch die reaktionär eingestellten Kreisblätter entgegenzuarbeiten, ist in der Kleingemeinde Büdelsdorf (Schleswig-Holstein) auf Veranlassung unserer Genossen unter der Redaktion des Gemeindevorstehers ein eigenes Gemeindeblatt geschaffen worden, eine Einrichtung, die sicherlich Beachtung verdient.

Das ist in ganz kurzen Umrissen ein kleiner Auszug aus der Tätigkeit sozialdemokratischer Kommunalpolitiker. Die Partei legt Wert darauf, ein enges Zusammenwirken all dieser Kräfte herbeizuführen, sie hat aus diesem Grunde durch die schon vor Jahren erfolgte Errichtung des kommunalpolitischen Beirates beim Parteivorstand jene Stelle geschaffen, die zentral unseren Genossen im Lande mit Rat und Tat zur

Seite steht. Durch die Schaffung der Halbmonatschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land: „Die Gemeinde“ ist auch das geistige Bindeglied zwischen den kommunalpolitisch tätigen Genossen hergestellt. In allen Bezirken wie Unterbezirken, Kreisen und Städten bestehen kommunalpolitische Ausschüsse der Partei, die im engen Einvernehmen mit der Partei selbst ihre Tätigkeit entfalten. Jeder der 33 Parteibezirke hat einen Vertreter im Reichsauschuß, dem der vorerwähnte kommunalpolitische Beirat des Parteivorstandes als vorbereitende und vorberatende Instanz zur Seite steht. So ist auch organisatorisch die Verbindung hergestellt worden, die notwendig ist, um eine weitere ersprießliche Tätigkeit unserer Kommunalpolitiker im Lande mit der Spitze der Partei und mit der Reichstagsfraktion sowie den Landtagsfraktionen unserer Partei zu ermöglichen.

Wenn auch noch nicht alles erreicht worden ist, was wir uns auf kommunalpolitischem Gebiete als Ziel gesteckt haben, so kann doch ohne Uebertreibung gesagt werden, daß die bisher auf diesem Gebiete geleistete Arbeit trotz aller Mühen und Schwierigkeiten, trotz aller uns in den Weg gelegten Hindernisse von Erfolg gekrönt gewesen ist. Hier weiter zu arbeiten, und dem bisher Erreichten neue Erfolge hinzuzufügen, das ist die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, und die wir insbesondere nach einem günstigen Ausfall der Gemeindewahlen in diesem Jahre auch erreichen werden.

Das rote Wien.

Von Dr. Hans Zeisl.

Wien ist die größte Stadt der Erde, die ausschließlich von Sozialdemokraten verwaltet wird. Es ist eines der wenigen Beispiele, die der Welt gezeigt haben, was großzügige sozialdemokratische Wirtschaftspolitik erreichen kann.

Im folgenden soll versucht werden, Aufbau, Methoden und Erfolge der sozialdemokratischen Majorität im Wiener Gemeinderat darzustellen. Die Sozialdemokratie hat im Jahre 1918 diese Mehrheit erobert und seither ständig vergrößert. Bei den letzten Wahlen im April vorigen Jahres erhielt sie 78 von 120 Gemeinderatssitzen. Da die laufenden Verwaltungsgeschäfte ausschließlich vom Bürgermeister und den sogenannten „Amtsführenden Stadträten“, denen die einzelnen Ressorts unterstellt sind, besorgt wird, hat Wien tatsächlich eine ausschließlich sozialdemokratische Verwaltung. Die Machtbefugnisse der Rathausmehrheit werden dadurch noch stark erweitert, daß Wien durch die Verfassung auch die Stellung eines selbständigen Bundeslandes hat, was für seine Gesetzgebung von ausschlaggebender Bedeutung ist. Der Bürgermeister ist so zugleich Chef der Bundesverwaltung zweiter Instanz.

Als im Jahre 1918 die Sozialdemokraten die Stadtregierung übernahmen, waren die Kassen leer und die allgemeinen wirtschaftlichen und